

Theo Kruse MdL, Innenpolitischer Sprecher der CDU-Landtagsfraktion:

„Innenminister Jäger ist ein Sicherheitsrisiko“



Theo Kruse MdL, Innenpolitischer Sprecher der CDU-Landtagsfraktion sprach von „Staatsversagen“ und erklärte den Innenminister zum Sicherheitsrisiko.

Zu den jüngsten Vorfällen in Nordrhein-Westfalen in Zusammenhang mit Asylbewerbern und Flüchtlingen und der Rolle, die Innenminister Jäger (SPD) in der politischen Bewertung und Reaktion spielt, befragte NRW Report den aus

Olpe stammenden Innenpolitiker Theo Kruse (CDU).

1. Sind die Polizeibehörden in Nordrhein-Westfalen unterbesetzt?

Die Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit stellt eine originäre hoheitliche Staatsaufgabe dar, für deren Finanzierung der Staat vorbehaltlos eintreten muss. Fiskalische Gesichtspunkte, beispielsweise öffentliche Finanznöte sind kein tragfähiges



Theo Kruse MdL:
„Innenminister Jäger ist ein Sicherheitsrisiko“

Seite 1 ►



Zur Person:
Eberhardt
Bauer

Seite 2 ►



Hände weg vom deutschen Sparbuch: Keine Haftung deutscher Sparer für marode Banken!

Seite 6 ►

higes Argument für eine Rücknahme staatlicher Sicherheitsverantwortung. Der Rechtsstaat schuldet dem Bürger ein Höchstmaß an öffentlicher Sicherheit. Diese Verantwortung darf nicht aufgegeben werden, das Land Nordrhein-Westfalen hat für eine funktionstüchtige Gefahrenabwehr, also namentlich für eine Polizei zu sorgen, die ihren Aufgaben, nämlich denen einer effektiven Gewährleistung von öffentlicher Sicherheit gewachsen ist und hierfür in jeder Hinsicht ausreichend ausgebildet und ausgerüstet ist. Dies setzt ebenfalls eine hohe Präsenz der Polizei in allen Regionen unseres Landes voraus. Die Polizei ist in den letzten Jahren mit zunehmenden Aufgaben belastet worden, ohne dass in ausreichendem Maß zusätzliche Stellen geschaffen wurden. Die Vorgänge und Ereignisse gerade in den letzten Wochen und Monaten zeigen, wie stark der Personalbedarf

insbesondere bei der Kriminalpolizei geworden ist.

2. Warum fühlen sich viele Polizeibeamte von der Politik im Stich gelassen?

Die Polizei leistet eine wertvolle und wichtige Arbeit. Sie hat in der Erfüllung ihrer schwierigen Aufgabe die uneingeschränkte Rückendeckung jeder Regierung und aller demokratischen Kräfte im Land verdient. Seit Jahren sind die berechtigten Wünsche der Schutz- und Kriminalpolizei nach einer spürbaren Personalverstärkung nicht erfüllt worden, sie sind einfach nicht ernst genommen worden. Wir möchten den Polizeivollzugsdienst von bürokratischer Tätigkeit u.a. durch Einstellung von Verwaltungsassistenten entlasten. Es gibt eine Vielzahl von Aufgaben, die nicht durch Polizeibeamte erfüllt werden müssen. Z. B. reine

Büroarbeit, Geschwindigkeitskontrollen ohne Anhalten, Schwertransportbegleitung auf Autobahnen u.a.

3. Ist das gezielte Zurückhalten von Tatsachen gegenüber der Bevölkerung und den Medien eine brauchbare Vorgehensweise, um den Menschen einen Harmonie-Zustand vorzugaukeln?

Gerade die Entwicklungen der letzten Wochen und Monate haben verdeutlicht, dass es keinen Sinn macht, der Bevölkerung Informationen und Erkenntnisse zu verschweigen. Die Silvesternacht in Köln hat verdeutlicht, dass es ein Informations-, ein Kommunikations- und ein Organisationsversagen gegeben hat. Die Herkunft von Straftätern muss klar benannt werden, so ist z. B. das Kriminalitätsphänomen der alleinreisenden Nordafrikaner schon seit mehr als zwei Jahren in Nordrhein-Westfalen bekannt, gleichwohl hat dies die Landesregierung nicht ernst genommen.

4. Ist ein Innenminister, der Tatsachen verschweigen lässt, die Bevölkerung damit täuscht und die Polizei zum Sündenbock stempelt, noch im Amt zu halten?

Der nordrhein-westfälische Innenminister ist ein Sicherheitsrisiko für unser Land. Er trägt seit fünfeinhalb Jahren die Verantwortung für die Innere Ordnung, die Innere Sicherheit und den Zusammenhalt unserer Gesellschaft. In diesem Zeitraum hat sich nicht nur das subjektive Sicherheitsgefühl, sondern auch die objektive Sicherheitslage erheblich verschlechtert. Der Innenminister ist ein Meister des Populismus, der Ankündigung von Aktionen. Die Substanz und die Bilanz seiner Arbeit sind schlecht. Nordrhein-Westfalen ist nach wie vor das schlechteste Flächenland in Deutschland, die Aufklärungsquote liegt weiterhin insgesamt bei unter 50% und bei den Wohnungseinbrüchen bei ca. 10%. Dies kann man den Frauen und Männern im täglichen polizeilichen Dienst nicht zum Vorwurf machen – diese leisten bei all den zusätzlichen Belastungen eine hervorragende Arbeit –, dies ist eine Frage der politischen Führung und der Prioritätensetzung der Landesregierung insgesamt.

Die Landesregierung muss sich endlich auf die Kernaufgaben konzentrieren, hierzu gehört ganz ohne Frage die Innere Sicherheit.

Zur Person



Eberhard Bauerdick

Für Eberhard Bauerdick gehört das Engagement für die Senioren-Union zum Tagesablauf. Vor Ort, im Märkischen Kreis, sieht er den Schwerpunkt seiner Arbeit. In acht örtlichen Organisationen der Senioren-Union wird die Basisarbeit vollzogen.

Der Politiker der Senioren-Union ist Vorsitzender des Bezirks Südwestfalen und vertritt die SU auch auf Landes- und

Bundesebene. Im NRW-Landesvorstand der SU ist er seit 2008 vertreten, zunächst als Beisitzer und seit 2010 als Stellvertreter des Landesvorsitzenden. Im Bundesvorstand der SU ist der in Balve wohnende Politiker seit 2012 aktiv.

Eines ist Eberhard Bauerdick ein besonderes Anliegen: „Das soziale Denken muss fortgesetzt werden, denn viele Menschen im Alter sind nicht gut gebettet.“ Ein weiteres Problem, das für die Senioren eine wichtige Rolle spielt, ist die innere Sicherheit. Hier erwartet er die Hilfe von den Innenpolitikern. Wichtig ist es aus seiner Sicht für die Mitglieder, neben den politischen Aktivitäten auch gesellschaftliche Ereignisse, wie zum Beispiel Reisen, hochzuhalten.

„Ein Großteil der Verantwortung für das Land liegt bei den älteren Menschen“, stellt er fest. Eberhard Bauerdick weist darauf hin, dass nahezu 50 Prozent aller Wähler über 60 Jahre alt sind. Deshalb ist er auch zuversichtlich und fordert alle älteren Menschen auf, zur Wahl zu gehen und die CDU zu wählen. In einem weiteren Punkt strahlt er Optimismus aus: „Die Zukunft der Senioren-Union ist gesichert.“

Hände weg vom deutschen Sparbuch: Keine Haftung deutscher Sparer für marode Banken!



Wenn es nach den Absichten der EU-Kommission geht, dann sollen Banken und Sparkassen von 2017 an schrittweise in einen gemeinsamen Topf zur Sicherung von Kundeneinlagen einzahlen. Durch die europäische Einlagensicherung sollen die Gelder, die Sparer bei Banken angelegt haben, in der gesamten Eurozone auf gleichem Niveau garantiert werden. Dazu sollen die Banken in einen gemeinsamen Notfall-Fonds einzahlen, aus dem die Kunden ausgezahlt werden, wenn eine

Bank in Schieflage gerät. Bislang garantiert jedes Land einzeln jedem Bankkunden einen Schutz der Einlagen von bis zu 100.000 Euro.

Mit dem Gesetzentwurf würden die deutschen Sparer für eine nachlässige Finanzpolitik anderer Länder haften. Der Bundesvorstand der Senioren-Union lehnt die EU-Pläne entschieden ab und erklärte dazu, dass Deutschland ausreichend Rücklagen in entsprechenden Sicherungssystemen geschaffen habe, um den Bürgern die Sicherung ihrer Bankeinlagen bis zu einer Höhe von 100.000 Euro zu garantieren. In den Ländern Griechenland, Italien, Frankreich und weiteren EU-Staaten seien solche Töpfe nicht vorhanden oder leer. Zu befürchten ist, dass die Länder mit soliden Banken für die zahlen müssen, die eine Bankenschieflage haben.

In einer Entschliebung hat der Bundesvorstand der Senioren-Union die Bundesregierung Ende des vergangenen Jahres dazu aufgefordert, dem Ansinnen der EU-Kommission auf Vergemeinschaftung der Einlagensicherung nicht zu folgen. Mar-

oden ausländischen Bankinstituten sei nicht damit geholfen, wenn man funktionierende Systeme, wie z.B. das deutsche, zerschlägt. Daher gilt: Die EU und ihre Mitgliedstaaten dürfen keinen Zugriff auf die deutschen Einlagen und die deutschen Einlagensicherungssysteme bekommen! Die Einlagensicherung muss eine nationale Angelegenheit bleiben, deutsche Sparer dürfen und sollen nicht für griechische Banken und die dort verwahrten Einlagen haften.

Burka-Verbot ins Grundgesetz.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion soll die Initiative für ein gesetzliches Verbot der Vollverschleierung muslimischer Frauen durch Burka und Nikab ergreifen. Das fordert der Vorsitzende der Senioren-Union in Nordrhein-Westfalen, Leonhard Kuckart in einem Schreiben an Unions-Fraktionschef Volker Kauder. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion solle für einen „klaren und sauberen Weg einer Grundgesetzänderung“ fraktionsübergreifend werben.

Der nordrhein-westfälische CDU-Politiker, der auch stellvertretender Bundesvorsitzender der Senioren-Union ist, wies auf die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts hin, wonach vorbehaltlos gewährte Grundrechte wie die Religionsfreiheit ihre Grenzen in kollidierenden Grundrechten Dritter fänden. Es könne

kein Zweifel darüber bestehen, „dass die Vollverschleierung in erster Linie Ausdruck der Unterdrückung der Frau durch eine extrem patriarchalisch geprägte Form des Islam ist“, schrieb Kuckart im Hinblick auf das in Artikel 3 des Grundgesetzes verankerte Gleichheitsgebot.

In seinem Brief an Kauder bezog sich der Chef der NRW-Senioren-Union auf die in Nordrhein-Westfalen neu entbrannte Diskussion, nachdem die Sparkasse Neuss einer vollverschleierten Muslimin das Betreten ihrer Geschäftsräume aus Sicherheitsgründen verweigert hatte. Ein Verbot der Vollverschleierung wie in Frankreich, Belgien und der Schweiz würde hingegen „ein deutliches Zeichen setzen für Integration gegen Absonderung.“

IMPRESSUM

HERAUSGEBER

Senioren-Union der CDU Nordrhein-Westfalen

Landesvorsitzender Leonhard Kuckart

REDAKTION

Heinz Soth (V.i.S.d.P.)

Mechthild Solberg,

Leonhard Kuckart,

Rainer Mohrmann

Fotos: Roland Rochlitzer,

Norbert Solberg

ANSCHRIFT

Wasserstraße 6 | 40213 Düsseldorf

Tel. 0211.136 00-22 | Fax 0211.136 00-54

info@senioren-union-nrw.de

www.senioren-union-nrw.de

GESAMTAUFLAGE

33.000 Exemplare

Zusätzliches Taschengeld für Heimbewohner wieder einführen.

Pflegeheimbewohnern steht ein monatliches Taschengeld (Barbetrag) zur Verfügung, das entweder aus dem eigenen Vermögen und Einkommen finanziert oder bei bewilligter Hilfe zur Pflege vom Sozialamt gezahlt wird. Der Barbetrag soll den Bedarf des Bewohners an Lebensunterhalt decken, für den das Heim keine Leistungen erbringt und der Sozialhilfeträger keine Sonderleistungen (einmalige Beihilfen) gewährt. Dem Heimbewohner bleibt es grundsätzlich allein überlassen, wofür er den Barbetrag verwendet, welche Wünsche er sich erfüllt und welche Bedürfnisse er mit dem Barbetrag befriedigen will.

Die Höhe des vom Sozialamt zu bewilligenden Taschengeldes belief sich am 01.01.2015 auf 107,73 Euro. Die Auszahlung des Betrages erfolgt durch die Heimverwaltung, in den meisten Fällen jeweils zum

Monatsanfang. Vom Taschengeld sind u.a. auch die Zuzahlungen zu den Leistungen zur Krankenversicherung zu entrichten. Bis Ende 2004 gab es zudem die Möglichkeit, ein zusätzliches Taschengeld zu bekommen. Der entsprechende Barbetrag für Heimbewohner gemäß § 21 Abs. 3 BSHG (Bundessozialhilfegesetz) betrug 30 Prozent des Regelsatzes eines Haushaltsvorstandes. Trug der Bewohner einen Teil der Kosten des Aufenthaltes im Heim selbst, z.B. durch seine Rente, erhielt er einen zusätzlichen Barbetrag bzw. ein zusätzliches Taschengeld in Höhe von fünf Prozent des Einkommens, höchstens jedoch 15 Prozent des Regelsatzes eines Haushaltsvorstandes. Seit 2005 ist der Barbetrag jedoch nicht mehr im BSHG, sondern im SGB XII geregelt (§ 35 Abs. 2). Seitdem beträgt der Barbetrag 26 Prozent des Eckregelsatzes, der den Regelsatz für den

Haushaltsvorstand damals ersetzt hat.

Letztendlich werden damit Heimbewohner finanziell ein Stück weit schlechter gestellt. Das betrifft nämlich diejenigen, die mit ihrem Einkommen zu den Heimkosten beitragen. Wenn das Prinzip „Leistung muss sich lohnen“ unabhängig vom Alter und sozialen Status immer gelten und Anwendung finden soll, warum dann nicht auch hier? Derjenige, der mehr geleistet hat in seinem Leben als andere, sollte später auch im Heim mehr haben als diejenigen, die weniger oder kaum etwas geleistet haben. Vor diesem Hintergrund fordert die Senioren-Union NRW vom Bund die Wiedereinführung des zusätzlichen Taschengelds für Heimbewohner, die durch eigenes Einkommen die Heimkosten mitfinanzieren. Denn: Leistung muss sich lohnen, auch im Alten- oder Pflegeheim.

Entwicklung der Mitgliederzahl der Senioren-Union in NRW.

Mit der Entwicklung der Mitgliederzahl der Senioren-Union in Nordrhein-Westfalen zeigt sich der Landesvorsitzende Leonhard Kuckart sehr zufrieden. Im Vergleich zum Jahr 2014 ist die Zahl der Mitglieder in 2015 weitestgehend stabil geblieben. Die Regionen, in denen eine Reduzierung der Mitgliederzahl zu verzeichnen ist, halten sich mit denen, in denen Zugewinne registriert

wurden, etwa die Waage. Damit behauptet das Land Nordrhein-Westfalen seine starke Position als weitaus mitgliederstärkster Landesverband der Senioren-Union in Deutschland. Die Senioren-Union ist der zweitgrößte Verband innerhalb der CDU mit etwa 55.000 Mitgliedern insgesamt. NRW-Landesvorsitzender Leonhard Kuckart, der auch gleichzeitig stellvertretender

Bundesvorsitzender ist, merkt dazu an: „Die hohe Mitgliederzahl in Nordrhein-Westfalen aber auch insgesamt sollte uns immer wieder die Kraft geben, uns nachhaltig für die Belange der älteren Generation einzusetzen, unser Wort gegen Altersdiskriminierung zu erheben und die Forderung aufrecht zu erhalten, den Schutz des Alters im Grundgesetz zu verankern.“

Rentenschere schließen: Wirtschaftsexperten fordern die Anpassung der West-Renten an das Ostniveau.

Im Dezember war der Aufschrei groß in Deutschland: Wirtschaftsexperten hatten gefordert, die Vorteile für Ruheständler im Osten abzuschaffen. Was steckt dahinter? Der Sozialbeirat, ein wichtiger Berater der Bundesregierung in rentenpolitischen Fragen, hatte die im Vergleich zum Westen relativ hohen Renten im Osten kritisiert. In einem neuen Gutachten wurde vom Sozialbeirat herausgestellt, dass die ostdeutschen Beschäftigten bei der Rente systematisch begünstigt würden. Medien hatten in diesem Zusammenhang unter Berufung auf die Zugangsstatistik der Deutschen Rentenversicherung für 2014 berichtet, dass diejenigen, die

2014 im Ostteil Berlins in den Ruhestand gegangen sind, mit 926 Euro pro Monat netto mehr als anderthalb Mal so viel Altersrente wie ein Neurentner im Saarland (592 Euro) bekämen. Auch innerhalb Berlins gebe es eine starke Schieflage: Hier würde ein Ostrentner über 22 Prozent mehr Rente erhalten als einer aus dem Westen (757 Euro).

Wie kommt es zu dieser Schere, die viele nicht kennen? Ostdeutsche Beschäftigte erhalten aufgrund einer Sonderregelung, die nach der deutschen Wiedervereinigung eingeführt worden ist, für den gleichen Lohn und Rentenbeitrag 8,5 Prozent

mehr Rente. Da aber die Ost-Löhne immer stärker zu den West-Löhnen aufschließen, gibt es immer öfter die Förderung, u.a. vom CDU-Wirtschaftsflügel, die Sonderregel für den Osten abzuschaffen. Auch die Senioren-Union NRW fordert vom Bundesgesetzgeber eine schnellstmögliche Anpassung der Renten in Ostdeutschland an das Westniveau. Denn nach über 25 Jahren deutsche Einheit ist ein unterschiedliches Rentenrecht in Ost- und Westdeutschland nicht länger vermittelbar. Wir brauchen spätestens bis 2020 eine einheitliche Rentenformel in und für ganz Deutschland, die Bundesregierung muss sich hier endlich bewegen.